

«Als würde die Krise herbeigeredet»

Wie ist den Folgen der aktuellen Frankenhausse beizukommen? Die Schaffhauser Bundesparlamentarier Martina Munz, Thomas Hurter, Hannes Germann und Thomas Minder wiegeln ab.

VON VANESSA BUFF

SCHAFFHAUSEN Die Schweizer Wirtschaft macht turbulente Zeiten durch: Vor zwei Wochen hob die Nationalbank (SNB) den Euro-Mindestkurs auf, in der Folge erstarkte der Franken und am Dienstag liess Bundesrat Johann Schneider-Ammann Währungsschwankungen als Grund für Kurzarbeit zu, um den Unternehmen etwas mehr Luft zu verschaffen. Am Mittwoch schliesslich meldete die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF), die Schweiz rutsche im Sommer aufgrund der Frankenhausse in eine Rezession.



Wegen des starken Frankens dürfen Schweizer Unternehmen seit dieser Woche Kurzarbeit beantragen. Die Massnahme, für die Bundesrat Johann Schneider-Ammann den Weg geebnet hat, ist jedoch nicht unumstritten. Symbolbild Key

«Isolierte Massnahme»

Doch wie schlimm ist die Situation wirklich – und welche Rezepte könnten helfen? Die Schaffhauser Bundesparlamentarier kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. «Mir scheint, als würde die Krise buchstäblich herbeigeredet. Gerade zum jetzigen Zeitpunkt solche Konjunkturprognosen treffen zu wollen, halte ich für unseriös», sagt etwa Hannes Germann. Differenziert sieht der SVP-Ständerat auch den Entscheid, die Bedingungen für Kurzarbeit zu lockern; seiner Meinung nach gebe der Bundesrat dieses wichtige Instrument zu früh aus der Hand. «Bisher hat man immer von vollen Auftragsbüchern, voller Auslastung und Fachkräftemangel gehört», so Germann. Da die Massnahme zudem «recht isoliert» daherkomme, laufe der Bundesrat Gefahr, den Trumpf zu früh gespielt zu haben. «Ich hätte es begrüsst, wenn das Instrument Kurzarbeit Teil eines umfassenderen Pakets zur generellen Stärkung der Exportwirtschaft gewesen wäre.»

«Wir müssen – zumindest vorübergehend – auch über einen erneuten Mindestkurs von 1.10 nachdenken.»

Martina Munz
Nationalrätin (SP/SH)

Während Germann etwa eine Deregulierung des Finanzmarktes oder eine Verschärfung des Kartellrechts

anspricht, legt die SP-Nationalrätin Martina Munz den Fokus auf eine Bildungsoffensive. «Grundsätzlich ist Kurzarbeit in der aktuellen Situation zwar ein gutes Instrument, gerade auch für eine Region wie Schaffhausen», sagt Munz. Gleichzeitig müssten die Unternehmen aber auch in der Lage sein, einen kurzen Auftrags-einbruch zu überstehen; wollten sie sich längerfristig am Markt behaupten, müssten sie daher in ihre Belegschaft und in die Qualität der Ausbildung investieren. Und: «Die SNB hat bei ihrem Entscheid ganz sicher nicht mit einer Franken-Euro-Parität, wie wir sie jetzt haben, gerechnet. Wir müssen daher – zumindest vorübergehend – auch über einen erneuten Mindestkurs von 1.10 nachdenken.»

Hiesiges Gewerbe stützen

Auf Solidarität mit dem heimischen Gewerbe pocht derweil der parteilose Ständerat und Unternehmer Thomas Minder. «Unsere Volkswirtschaft kann nur funktionieren, wenn auch im Inland

konsumiert wird. Wenn nun wegen des starken Frankens alle nach Deutschland fahren, um sich die Haare schneiden zu lassen, das Auto zu reparieren oder Fleisch einzukaufen, dann gehen die Coiffeure, Garagen und Metzgereien in der Schweiz über kurz oder lang kaputt.»

Minder kritisiert, dass man in der Schweiz grundsätzlich alles haben wolle – gute Löhne, fairen Umgang mit den Arbeitskräften und gleichzeitig tiefe Preise. «Nehmen Sie das Beispiel Denner, wo seit Kurzem Cola aus Tschechien importiert wird, weil das Cola, das in der Schweiz hergestellt und abgefüllt wird, zu teuer ist. Coca-Cola in Tschechien generiert aber für uns null Wertschöpfung, keinen einzigen Arbeitsplatz. Da müssen wir ansetzen.»

Der Schaffhauser Ständerat, der mit der Aussage, Einkaufstouristen handelten unpatriotisch, im «Sonntags-Blick» für Aufsehen gesorgt hatte, wird heute Abend seinen Standpunkt auch in der SRF-Sendung «Arena» vertre-

ten. Das Thema des Abends: «Ringeln um Arbeitsplätze: drei Duelle zum harten Franken».

«Hier verdienen, hier ausgeben»

Minders Appell an die Konsumenten schliesst sich auch SVP-Nationalrat Thomas Hurter an. «Die Bevölkerung sollte sich bewusst sein, dass sie ihr Geld hier verdient und es daher auch hier ausgeben sollte.» Jeden Samstag nach Deutschland zum Einkaufen zu fahren, lohne sich zwar kurzfristig fürs Portemonnaie; langfristig jedoch würden dadurch Arbeitsplätze in der Schweiz gefährdet.

Zentral sei für ihn aber auch, dass die Politik nun Ruhe bewahre und keine unnötige Panik verbreite, so Hurter. Aus seiner Sicht wäre es genau das Falsche, wenn nun neue Vorstösse und Gesetze gefordert würden. «Stattdessen müssen wir nun Schranken abbauen und die Wirtschaft einfach mal machen lassen. So können wir die Situation packen.»

«Wir müssen nun Schranken abbauen und die Wirtschaft einfach mal machen lassen.»

Thomas Hurter
Nationalrat (SVP/SH)

Links-rechts-Graben bei der Unternehmenssteuerreform

Wirtschaft und Linke streiten sich über die Kompensation von Steuerausfällen.

VON SEBASTIAN GÄNGER
UND VALÉRIE FAVEZ

BERN Die Unternehmenssteuerreform III stösst auf breiten Widerstand. Linke befürchten erneute Steuergeschenke auf dem Buckel der Bevölkerung. Bürgerliche erklären das Projekt wegen des starken Frankens für dringlich. Sie lehnen die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer, welche die Steuerausfälle teilweise kompensieren soll, aber kategorisch ab. Die Reform soll von der EU und OECD kritisierte Steuerregimes in der Schweiz beseitigen. Konkret sollen Holdings und andere Spezialgesellschaften im Ausland erzielte Gewinne nicht mehr zu anderen Sätzen versteuern können als im Inland erzielte – sonst droht der Schweiz die Aufnahme auf eine schwarze Liste.

Die allgemeine Stossrichtung der Reform wird in der Ende Januar zu

Ende gehenden Vernehmlassung von allen mitgetragen. Es gehe um das Wohl der Wirtschaft, lautet der Tenor. Um dies zu gewährleisten, müssten möglichst viele im Ausland operierende Gesellschaften in der Schweiz gehalten werden.

Die Einnahmen durch Gewinnsteuern von solchen Firmen betragen im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2010 insgesamt rund 5 Mia. Franken jährlich. Die gleichen Firmen generieren heute zwischen 150 000 und 180 000 Arbeitsplätze. Die Ankündigung einiger Kantone, die Unternehmensgewinnsteuern zu senken, um konkurrenzfähig zu bleiben, freut vor allem die einheimische Wirtschaft sowie die bürgerlichen Politiker. Nach Meinung des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse soll die Reform schnell umgesetzt werden: Nach dem Entscheid der Schweizerischen Nationalbank (SNB), den Euro-Mindestkurs aufzugeben, müsse die Schweizer Wirtschaft gestärkt werden. Gleichzeitig äussern wirtschaftsnahe Vertreter aber Bedenken zu den Reformplänen des Bundesrats. Die vorgeschlagene Kapitalgewinnsteuer lehnen sie ab. (sda)

Weniger Schadstoffe in der Luft und im Wasser

Der Bericht «Umwelt Schweiz 2015» zieht insgesamt eine positive Bilanz.

BERN Die Schadstoffbelastung in Luft und Wasser hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. In der Klimapolitik, bei der Biodiversität und bei der Nutzung natürlicher Ressourcen warten aber noch grosse Herausforderungen. Das ist die durchgezogene Bilanz des Berichts «Umwelt Schweiz 2015».

Die gestern veröffentlichte Studie gibt einen Überblick über den Zustand und die Entwicklung der Umwelt in der Schweiz. Das Fazit: In vielerlei Hinsicht ist der Trend positiv. Die Wasserqualität ist generell gut, die Luft ist ebenfalls sauberer geworden. Die Belastung mit Feinstaub, Ozon und Stickoxiden liegt allerdings weiterhin über den Grenzwerten.

Ressourcen weiter unter Druck

Dank umweltpolitischen Massnahmen und technischem Fortschritt werden auch Energie und Rohstoffe immer effizienter genutzt. Trotzdem sind ge-

mäss dem Bericht die natürlichen Ressourcen weiterhin unter Druck. Bautätigkeit und landwirtschaftliche Nutzung führen zu einer Versiegelung der Böden, die Landschaft wird zunehmend zersiedelt.

Gesetzesvollzug stärken

Nach wie vor gibt es in der Schweiz viele gefährdete Arten, zudem ist ein grosser Teil der Bevölkerung übermässigem Lärm ausgesetzt. Der Bericht weist auch darauf hin, dass die Schweiz über den Import immer mehr zur Übernutzung der weltweiten natürlichen Ressourcen beiträgt: Mehr als die Hälfte der Umweltauswirkungen, die durch den Konsum der Schweizer Bevölkerung entstehen, fällt im Ausland an.

Der Bundesrat hat den Bericht am Mittwoch verabschiedet. Entsprechend den identifizierten Problemen legte er seine Schwerpunkte fest: Klimaschutz, Erhaltung der Biodiversität und die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen. Zudem soll der Vollzug der geltenden Gesetzgebung gestärkt werden. (sda)

FDP-Motion in Zug

Aufstand geprobt – Finanzausgleich auf Sperrkonto

ZÜRICH Der Kanton Zug soll «aus der Rolle der Milchkuh der Nation» ausbrechen. Eine Mehrheit des Kantonsrats will die Finanzausgleichszahlungen staffeln – und dabei einen Teil zurückbehalten. Der Rat überwies gestern eine entsprechende FDP-Motion an den Regierungsrat. Dieser muss sich nun dazu äussern, was er von diesem Akt des Ungehorsams hält. Bleibt der Kantonsrat bei der zweiten Behandlung im Rat bei seiner Meinung, wird eine Ständesinitiative nach Bern geschickt. Dabei ist sich der Rat bewusst, dass er mit seinen Plänen Bundesrecht brechen würde.

Es geht um zwei Siebzehntel

Die bürgerliche Mehrheit will die Rechnung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) künftig zweiteilig begleichen: Von der Rechnungssumme sollen nur noch fünfzehn Siebzehntel des Kantonsanteils der direkten Bundessteuer nach Bern überwiesen werden. Die restlichen zwei Siebzehntel sollen auf ein Sperrkonto kommen. Dieses Konto soll so lange gesperrt bleiben, bis «der NFA auf eine für alle Kantone faire Art neu geregelt und umgesetzt wird», also die Zahlungen für Zug gesenkt werden. Basierend auf den Zahlen von 2013, würde das heissen, dass 69 Millionen Franken auf das Sperrkonto gekommen wären. Mit der Motion soll erreicht werden, dass die Finanzausgleichszahlungen nicht höher sind als der Anteil der direkten Bundessteuer, den der Kanton erhält. Gemäss Budget 2015 würde der Kanton 65 Millionen mehr abliefern, als er erhält. (sda)

Markus Hürlimann bleibt Kantonsrat

ZUG Der Zuger SVP-Kantonsrat Markus Hürlimann will trotz der Sexaffäre und den Ermittlungen gegen ihn nicht aus dem Parlament zurücktreten. Er sei es seinen Wählern schuldig, jetzt gute Parlamentsarbeit zu leisten, sagte er gestern vor der Ratssitzung. Auch die grüne Rätin Jolanda Spiess-Hegglin nahm an dieser teil. «Mir liegt viel daran, dass der Kantonsrat heute ungestört tagen kann», sagte Hürlimann vor den Medien. Das sei aber nur möglich, wenn der Ratsbetrieb nicht durch das Thema «Fremdküssen» überlagert werde. (sda)

Journal

SVP geht gegen Islam-Institut an der Universität Freiburg vor

FREIBURG Die Freiburger SVP will mit einer Volksinitiative das Schweizer Zentrum für Islam und Gesellschaft an der Universität Freiburg wieder schliessen. Das beschloss der Zentralvorstand der Freiburger SVP am Mittwochabend fast einstimmig. Mit der Volksinitiative soll auch die Ausbildung von Imamen verhindert werden. Allerdings sei das gar nicht vorgesehen, sagt der Institutsleiter Hansjörg Schmid. Er finde es zwar gerecht, wenn sich Imame an Universitäten ausbilden könnten. Das Zentrum selbst biete ihnen diese Ausbildung aber nicht an, sagte Schmid kürzlich gegenüber «La Liberté». Stattdessen führe es Weiterbildungsprogramme für Imame und Verantwortliche von Moscheen durch.

Genfer Verwaltungsangestellte demonstrierten für ihre Rechte

GENÈVE In Genf haben gestern rund 2000 Angestellte der öffentlichen Verwaltung gegen Sparmassnahmen demonstriert. Auch die Polizisten hatten Protestaktionen vorgesehen. Diese sollen ihnen aber unter Androhung von Kündigungen verboten worden sein.